

Christoph Thanei **Wahlen zum slowakischen Parlament**

Das gute Abschneiden der christlich-bürgerlich orientierten SPKÚ bei den slowakischen Parlamentswahlen vom September des Jahres ermöglicht es deren Anführer Mikuláš Dzurinda, seine bisherige Arbeit als Regierungschef auf der Basis einer Vier-Parteien-Koalition fortzusetzen, die aufgrund ihrer Verwurzelung im christlich-demokratischen bzw. konservativen und liberalen Lager eine große Homogenität aufweist und somit Perspektiven für eine solide Landesführung auch in der Zukunft bietet. Diese wünschen sich in der Tat die Slowaken, die zwar die außenpolitischen Erfolge Dzurindas, so seine forcierte Annäherung an die Strukturen von EU, OECD und NATO, anerkennen, die jedoch keineswegs beglückt waren ob der koalitionsinternen Streitigkeiten der Vergangenheit, die sicher mitverantwortlich waren für die Politikverdrossenheit der slowakischen Bevölkerung und somit für deren geringe Beteiligung an den Wahlen selbst. Zeichen dieser Verdrossenheit ist auch die Tendenz zur Fragmentierung des Parteiengeflechts im Lande – ein Umstand, der Dzurinda indes freuen dürfte, braucht er doch nach dem Scheitern auch der führenden sozialdemokratisch ausgerichteten Parteien an der Fünfprozenthürde eine starke linke Opposition im Parlament kaum mehr zu fürchten.

Regierungsmehrheit für die Mitte-Rechts-Parteien

■ **Überblick: Die wichtigsten Ergebnisse**

Knapp mehr als 4,15 Millionen slowakische Wähler waren am 20. und 21. September 2002 aufgerufen, die 150 Sitze des Nationalrats, wie das Parlament in Bratislava offiziell heißt, neu zu besetzen. 25 Parteien standen zur Wahl, aber nur sieben von ihnen schafften tatsächlich den Sprung über die Fünfprozenthürde, wie die folgende Tabelle zeigt. Die Wahlbeteiligung erreichte 70,07 Prozent.

■ **Stimmenanteile der Parteien und ihre künftige Anzahl von Parlamentssitzen im 150-köpfigen Slowakischen Nationalrat:**

Partei	Prozent	Sitze
HZDS	19,50	36
SDKÚ	15,09	28
Smer	13,46	25
SMK	11,16	20
KDH	8,25	15
ANO	8,01	15
KSS	6,32	11
Sonstige	18,2	–

Ein Vergleich von Stimmenzuwächsen bzw. Verlusten gegenüber den letzten Wahlen, wie er nach Wahlen in westlichen Ländern üblicherweise erfolgt, ist in der Slowakei wegen der sich rasch verändernden Parteienlandschaft weitgehend unmöglich. Denn von den nun ins Parlament gekommenen Parteien waren nur die HZDS, SMK und KSS auch schon bei den

letzten Parlamentswahlen im September 1998 angetreten. Die HZDS erzielte damals mit exakt 27 Prozent der Stimmen noch ein wesentlich besseres Ergebnis als diesmal. Die SMK kam damals auf 9,12 Prozent, während die KSS mit 2,79 Prozent der Stimmen deutlich unter der Fünfprozenthürde geblieben war. Von den sechs Parteien, die 1998 ins Parlament gewählt wurden, sind nur zwei (HZDS und SMK) auch im künftigen Parlament vertreten.

Dass die Bewegung für eine Demokratische Slowakei (HZDS) des dreimaligen früheren Premierministers Vladimír Mečiar zwar stärkste Partei bleiben, aber schwere Stimmenverluste erleiden würde, zeichnete sich in den Umfragen der letzten Wochen vor der Wahl bereits ab. Der vom westlichen Ausland und allen relevanten Parteien der Slowakei als Partner abgelehnte Mečiar dürfte damit endgültig aufhören, ein dominierender Faktor der slowakischen Politik zu sein. Der anhand der Umfragen zumeist schon als Favorit für die Funktion des Premierministers gesehene Jungpolitiker Robert Fico blieb mit seiner Partei „Smer (Richtung) – Der Dritte Weg“ hinter den Erwartungen der Meinungsforscher zurück. Er kann daher die künftige Regierung nicht nur nicht führen, sondern gehört ihr nicht einmal an, weil die Mitte-Rechts-Parteien überraschend auch ohne ihn auf eine ausreichende Mehrheit kommen.

Die größte Überraschung der Wahlen war aber das starke Abschneiden der von Mikuláš Dzurinda geführten Slowakischen Demokratischen und Christlichen Union (SDKÚ). Sie gewann fast doppelt so viele Stimmen, als die meisten Umfragen hatten erwarten lassen. Und rechnet man nicht nach Prozentanteilen, sondern nach Koalitionsmöglichkeiten, lässt sich sogar von einem regelrechten Triumph Dzurindas sprechen. Vor allem dann, wenn man seine Ausgangsposition kurz vor der Wahl bedenkt: Selbst in wohlgesinnten Medien tauchten bereits seit Wochen Spekulationen darüber auf, wer den „verbrauchten“ Regierungschef in seiner Partei ablösen könne, damit die SDKÚ als Regierungspartner akzeptabel bleibe. Mehrere potenzielle Koalitionspartner hatten vor der Wahl betont, mit Dzurinda, der für vier Jahre „Misswirtschaft“ verantwortlich sei, könne es keine Zusammenarbeit mehr geben. Nach der Wahl aber war er mit einem Schlag wieder der große Favorit für

■ Die größte Überraschung der Wahlen war das starke Abschneiden der von Mikuláš Dzurinda geführten Slowakischen Demokratischen und Christlichen Union (SDKÚ). Sie gewann fast doppelt so viele Stimmen, als die meisten Umfragen hatten erwarten lassen.

■ Schon nach dem Vorliegen des noch vorläufigen offiziellen Wahlergebnisses war klar, dass Dzurinda sich künftig auf eine zwar knappe, aber stabile Mehrheit stützen können, die von vier programmatisch sehr verwandten christlich-demokratischen, konservativen und liberalen Parteien gebildet wird.

die Bildung und Führung einer neuen Regierung. Zusätzlich gestärkt wurde er noch durch das Ausscheiden der bisher mitregierenden Linksparteien SDL (Partei der Demokratischen Linken) und SOP (Partei der Bürgerlichen Verständigung) aus dem Parlament.

Schon nach dem Vorliegen des noch vorläufigen offiziellen Wahlergebnisses war klar, dass Dzurinda sich künftig auf eine zwar knappe, aber stabile Mehrheit stützen können, die von vier programmatisch sehr verwandten christlich-demokratischen, konservativen und liberalen Parteien gebildet wird. Ein Dilemma der von ihm bisher geführten Koalition war es gerade gewesen, dass er unterschiedlichste politische Strömungen von den Ex-Kommunisten bis zu den Wirtschaftsliberalen und Konservativen zusammenhalten musste, die sich oft nicht auf grundsätzliche Schritte einigen konnten. Die nun unter den zukünftigen Koalitionspartnern der SDKÚ nächststärkste Partei der Ungarischen Koalition (SMK) galt hingegen schon bisher als verlässliche Stütze Dzurindas. Die christlich-demokratisch orientierte SMK konnte sich wieder als Alleinvertretung der gesamten ungarischen Minderheit bestätigen. Ein nicht immer einfacher Koalitionspartner war für Dzurinda bisher die konservative Christlich-Demokratische Bewegung (KDH), aus der Dzurinda ursprünglich selbst herausgewachsen ist. Programmatisch sollte sie jedoch mit der Dzurinda-Partei SDKÚ besonders große Übereinstimmung finden. Der Medienmagnat Pavol Rusko blieb mit seiner neu gegründeten und von seinen Medien massiv unterstützten Partei Allianz des Neuen Bürgers (ANO) so weit hinter den Erwartungen zurück, dass er in der Regierung gegenüber dem von ihm nicht selten sehr heftig kritisierten Dzurinda wohl wird leiser treten müssen. Eine gewisse Mäßigung war in den Attacken der Rusko-Medien, vor allem des marktbeherrschenden Fernsehsenders *TV Markíza* und der Tageszeitung *Národná obroda* gegen Dzurinda bereits in der Endphase des Wahlkampfes feststellbar. Seine ursprüngliche Bedingung, mit der SDKÚ „nur ohne Dzurinda“ in eine Koalition gehen zu wollen, widerrief Rusko sofort nach den Wahlen mit Hinweis auf das Ergebnis, das ihm kein Recht gebe, der wesentlich stärkeren Partei personelle Bedingungen zu stellen.

Eine weitere Überraschung neben dem Ausmaß des Erfolges von Dzurindas SDKÚ war zweifellos, dass die altkommunistische KSS den Einzug ins Parlament schaffte. Der KSS dürfte es vor allem dank Proteststimmen von Wendeverlierern, die sie sich zu einem nicht unwesentlichen Teil von der rechtspopulistischen HZDS holte, gelungen sein, ihren Stimmenanteil gegenüber dem September 1998 zu verdoppeln. Die KSS wird allerdings von keiner anderen Parlamentspartei als potenzieller Partner akzeptiert und hat auch in den führenden Medien keinerlei Akzeptanz. Bestenfalls kann sie davon profitieren, dass sie als Parlamentspartei mehr öffentliche Erwähnung finden wird als bisher.

Alle sozialdemokratisch orientierten Parteien blieben unter der Fünfprozenthürde, sodass die für ein postkommunistisches Land ungewöhnliche Situation entsteht, dass neben den politisch isolierten Altkommunisten keine allgemein akzeptierte Linkspartei im Parlament vertreten ist. Dabei war die Partei der Demokratischen Linken (SDL) bisher sogar zweitstärkste Regierungspartei gewesen, und die von ihr abgespaltene Sozialdemokratische Alternative (SDA) kann eine Reihe prominenter und auch populärer Einzelpersonlichkeiten vorweisen. Die Partei der Bürgerlichen Verständigung (SOP) hatte schon lange vor der Wahl in Umfragen so schwach abgeschnitten, dass sie überhaupt auf eine eigene Kandidatur verzichtete und wie die Sozialdemokratische Partei der Slowakei (SDSS) nur einzelne Kandidaten auf die Liste der SDL mitnominierte. An der Fünfprozenthürde gescheitert sind auch beide Fraktionen der extremen Nationalisten, die Slowakische Nationalpartei (SNS) und die von ihr abgespaltene Wahre Slowakische Nationalpartei (PSNS).

■ **Alle sozialdemokratisch orientierten Parteien blieben unter der Fünfprozenthürde, sodass die für ein postkommunistisches Land ungewöhnliche Situation entsteht, dass neben den politisch isolierten Altkommunisten keine allgemein akzeptierte Linkspartei im Parlament vertreten ist.**

■ **Rückblick: Schwierige Zusammenarbeit der bisherigen Regierungskoalition – außenpolitische Erfolge, innere Krisen**

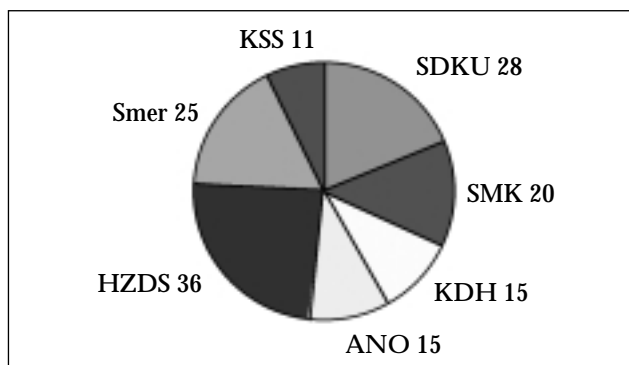
Von 1998 bis 2002 führte Premierminister Mikuláš Dzurinda eine Vielparteienkoalition, deren Zusammensetzung im Laufe ihrer Amtszeit aufgrund zahlreicher Parteispaltungen immer undurchschaubarer wurde. Ursprünglich war diese Koalition aus vier Parteien gebildet worden, die schon vor den Wahlen

im September 1998 eine Zusammenarbeit gegen den zuvor amtierenden Premierminister Mečiar vereinbart hatten. Diese Koalition fasste aber das gesamte Spektrum der gegen Mečiar gerichteten Opposition von den Exkommunisten bis zu Konservativen und Wirtschaftsliberalen zusammen. Der Vorteil dieser breiten Zusammenarbeit war zwar, dass damit die Verfassungsmehrheit von 90 der 150 Parlamentssitze (drei Fünftel) erreicht wurde. In der Realität wurde aber nicht nur die Verfassungsmehrheit selten genutzt, sondern es gab sogar mehrfach Probleme, überhaupt eine einfache Mehrheit für wichtige Beschlüsse zustande zu bringen. So verlor beispielsweise der bürgerliche Kern der Regierung im emotional geführten Kampf um eine große Verwaltungsreform im Jahr 2001 mehrere entscheidende Abstimmungen gegen die Opposition, weil der linke Regierungsflügel vorübergehend die Fronten wechselte.

■ **Besonders erschwerend für Dzurindas Position war von Anfang an gewesen, dass schon die von ihm geführte größte Regierungspartei Slowakische Demokratische Koalition (SDK) selbst eine Art „Koalition in der Koalition“ darstellte.**

Besonders erschwerend für Dzurindas Position war aber von Anfang an gewesen, dass schon die von ihm geführte größte Regierungspartei Slowakische Demokratische Koalition (SDK) selbst eine Art „Koalition in der Koalition“ darstellte. Wie die ebenfalls bürgerliche drittstärkste Regierungspartei Partei der Ungarischen Koalition (SMK) war die SDK nämlich erst für die Wahl als Fusion von fünf Parteien gegründet worden. Während aber die Verschmelzung von drei ungarischen Parteien zur SMK dauerhaft blieb und diese heute ohne Zweifel als alleinige Vertretung der gesamten ungarischen Minderheit in der Slowakei anerkannt ist, wurde Dzurindas SDK sofort nach der Wahl von heftigen Rivalitäten der sogenannten „Mutterparteien“ um politische und wirtschaftliche Einflussphären erschüttert. Das hatte auch damit zu tun, dass diese „Mutterparteien“ der SDK nur auf eine eigenständige Wahlkandidatur verzichteten, organisatorisch aber parallel zur SDK weiterexistierten. Dzurindas Versuche, das bürgerliche Lager gegen die traditionellen Parteistrukturen zu einigen, scheiterten rasch. Die von Dzurinda geführte und als gemeinsames Dach geplante SDK gesellte sich de facto als sechste konkurrierende Partei neben ihre ursprünglichen fünf „Mutterparteien“ und vertiefte damit die Kluft im bürgerlichen Lagers vorübergehend noch mehr, anstatt sie zu überwinden.

Dzurinda war vor der SDK-Gründung nur stellvertretender Parteichef hinter dem prominenten, aber in der Bevölkerung wenig populären Jan Čarnogurský in der stärksten der „Mutterparteien“, der Christlich-Demokratischen Bewegung (KDH), gewesen. Die anderen vier Partnerparteien waren die fast gleich starke liberale Demokratische Union (DU), die in Umfragen stets unter der Fünfprozenthürde liegende und daher allein chancenlose Demokratische Partei (DS) sowie die noch kleineren Splitterparteien Partei der Grünen der Slowakei (SZS) und Sozialdemokratische Partei der Slowakei (SDSS). Diese vier wollten im Bündnis eine KDH-Dominanz durch die Wahl Čarnogurskýs zum gemeinsamen Führer verhindern. So rückte Dzurinda als Kompromisskandidat an die gemeinsame Spitze auf und schaffte es erstaunlich schnell, die Sympathien der Medien und Bevölkerung zu erobern. 1998 war er unangefochten populärster Politiker und Hoffnungsträger der Slowakei. Nachdem die SDK mit weniger als einem Prozent Stimmen und exakt einem Parlamentssitz Rückstand zur HZDS von Vladimír Mečiar zweitstärkste Parlamentspartei geworden war, gab es keinen Zweifel an ihrer Führungsrolle in der Anti-Mečiar-Regierungskoalition mit der Partei der Demokratischen Linken (SDL), der bereits erwähnten SMK und der kleinen linksliberalen Partei der Bürgerlichen Verständigung (SOP). Denn Mečiar selbst war schon damals isoliert und hatte in der Wahl gemeinsam mit seinen Koalitionspartnern SNS und ZRS die Parlamentsmehrheit haushoch verloren. Wie das Verhältnis zwischen Dzurinda-Regierung und Opposition nach den Wahlen von 1998 zunächst aussah, zeigen die folgende Tabelle und Grafik:



■ Stimmenanteile der Parteien über der Fünfprozenthürde und ursprüngliche Sitzverteilung im Nationalrat nach den Wahlen im September 1998:

■ **Die Bruchlinien der koalitionsinternen Konflikte in den ersten beiden Regierungsjahren verliefen überraschend selten zwischen den „natürlichen“ ideologischen Gegnern, also den Linksparteien SDL' und SOP auf der einen und den bürgerlichen Parteien SDK und SMK auf der anderen Seite. Stattdessen wurde die Regierungsarbeit vor allem durch Rivalitäten innerhalb der SDK gelähmt.**

Die Bruchlinien der koalitionsinternen Konflikte in den ersten beiden Regierungsjahren verliefen überraschend selten zwischen den „natürlichen“ ideologischen Gegnern, also den Linksparteien SDL' und SOP auf der einen und den bürgerlichen Parteien SDK und SMK auf der anderen Seite. Stattdessen wurde die Regierungsarbeit vor allem durch Rivalitäten innerhalb der SDK gelähmt und in der Öffentlichkeit trotz vieler faktischer Erfolge in ein schlechtes Licht gerückt. Sogar vom Parteichef der Linkspartei SDL', also „von außen“ mussten sich die streitenden Fraktionen der SDK den Rat gefallen lassen, sie sollten „ihre Konflikte endlich lösen, damit die Regierung weiter arbeiten kann“. Zum Ende der gemeinsamen Regierungszeit verliefen die Konflikte aber immer mehr zwischen den natürlichen ideologischen Trennlinien: Das Mitte-Rechts-Lager war zwar mittlerweile in mehrere Nachfolgeparteien der SDK zersplittert, stützte aber gemeinsam mit der SMK den harten Kern der Regierungsmehrheit. Das aus SDL' und SOP sowie einzelnen SDK-Dissidenten gebildete linke Lager scherte hingegen immer häufiger aus der Linie der Regierungsmehrheit aus und scheute in einzelnen Streitfragen auch nicht die Zusammenarbeit mit der nationalistischen Opposition aus HZDS und SNS.

Dzurindas ehemalige „Mutterpartei“ KDH vollzog die transparenteste Distanzierung von der ehemaligen SDK. Sie machte sich wieder selbständig und trat formell als fünfte zusätzliche Regierungspartei neben SDK, SDL', SMK und SOP dem Koalitionsvertrag bei. Ein kleinerer Teil der ursprünglichen KDH blieb hingegen Dzurinda treu und ließ sich mit der zweiten SDK-Mutterpartei DU zu der unter Dzurindas Führung neu gegründeten SDKÚ verschmelzen. In zum Teil sehr wechselvollen Abläufen, die nicht mehr immer die ursprünglichen Abgrenzungen der „Mutterparteien“ widerspiegelten, setzten sich andere Teile der SDK als „unabhängige“ (also fraktionslose) Abgeordnete ab oder schlossen sich verschiedenen anderen teils alten, teils neu entstandenen Parteien an. Nicht bei allen war zum Schluss klar, ob sie sich in ihrem Abstimmungsverhalten noch eher als regierungstreue oder schon mehr als oppositionelle Abgeordnete betrachteten. Als sich schließlich auch noch die Oppositionsparteien SNS und HZDS

spalteten, entstand zum Schluss der Parlamentsperiode die ungewöhnliche Situation, dass etwa ein Drittel aller Parlamentsabgeordneten formell fraktionslos war. So gesehen könnte es auch als notwendiger „Reinigungsprozess“ verstanden werden, dass die meisten der von diesen Abgeordneten gebildeten Splitterparteien bei den nunmehrigen Wahlen 2002 nicht über die Fünfprozenthürde kamen und daher in die politische Bedeutungslosigkeit verschwanden.

Angesichts dermaßen verworrener Veränderungen in der Parteienlandschaft innerhalb sehr kurzer Zeit ist es wenig verwunderlich, dass in der Bevölkerung sowohl das Parlament als auch die Regierung ein sehr geringes Ansehen genossen und als wenig vertrauenswürdig galten. Naturgemäß schadet solches Misstrauen mehr der Regierung als der Opposition. So entstand die aus ausländischer Sicht schwer verständliche Situation, dass die Regierung zwar hervorragende außenpolitische Erfolge vorweisen konnte, im Inland aber dennoch schlechte Umfragewerte aufwies. Die permanenten koalitionsinternen Konflikte sorgten aber auch für eine weitgehende Lähmung wichtiger Bereiche der Regierungsarbeit: Die angekündigten Reformen im Bildungs-, Sozial- und Gesundheitswesen wurden auf die lange Bank geschoben und müssen erst von der kommenden Regierung in Angriff genommen werden. Der Staatshaushalt steht trotz der Erlöse aus einer Reihe großer Privatisierungen auf wackeligen Beinen. Die umfangreichen Privatisierungen der Banken und der marktbeherrschenden Versicherung sowie der Telekom, der Erdöl- und Gasindustrie und des großen Stahlproduzenten VSŽ brachten der Slowakei zwar das Lob der internationalen Finanzwelt ein. Im Inland aber liefen sie allesamt nicht ohne Medienberichte über Korruptionsverdacht oder wenigstens zu niedrige Erlöse für den Staat ab. In der lautstark propagierten Korruptionsbekämpfung entstand angesichts einer Reihe von Skandalen, die zum Beispiel zwei Minister für Verkehr und Telekom hintereinander zum Rücktritt zwangen, nicht selten der Eindruck, als sei bei Teilen der Regierung „der Bock zum Gärtner gemacht worden“.

Nur in einem Bereich können selbst die härtesten Kritiker der ersten Dzurinda-Regierung ihre Anerkennung nicht verweigern: Die Erfolge in der

■ Die permanenten koalitionsinternen Konflikte sorgten auch für eine weitgehende Lähmung wichtiger Bereiche der Regierungsarbeit: Die angekündigten Reformen im Bildungs-, Sozial- und Gesundheitswesen wurden auf die lange Bank geschoben und müssen erst von der kommenden Regierung in Angriff genommen werden.

Außenpolitik waren geradezu sensationell. Die Slowakei hat bei den Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union trotz der von der Vorgängerregierung unter Mečiar verursachten zweijährigen Verspätung nicht nur aufgeholt, sondern bereits mehr Verhandlungskapitel abgeschlossen als manche Länder der einstigen „ersten Gruppe“. Seit zwei Jahren ist das Land Mitglied der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Und auch für die Nato-Erweiterung ist die Slowakei neben Slowenien längst der aussichtsreichste Kandidat. Dabei war die Slowakei im September 1998 zum Ende der insgesamt dritten von Vladimír Mečiar geführten Regierung als Skandalrepublik abgestempelt gewesen. Die westlichen Institutionen, der sie beitreten wollte, hatten ihr gerade brüsk die Tür vor der Nase zugeknallt. Wie aus einem bösen Traum erwacht, rieben sich damals die an politische Mahnungen aus Brüssel und Washington gewohnten Slowaken bei den TV-Abendnachrichten ungläubig die Augen: Ihr gerade erst frischgebackener neuer Premier Dzurinda wurde, kaum im Amt, auch schon in den europäischen Hauptstädten und in den USA mit Umarmungen und Händeschütteln empfangen. Und man sah ihn beim Joggen mit Staatsmännern, die immer „Terminprobleme“ gehabt hatten, wenn sein Vorgänger Mečiar sie treffen wollte.

■ **Der Wahlkampf und die Ausgangssituation vor dem Urnengang**

■ **Die im September 2002 erzielte Wahlbeteiligung von 70,07 Prozent ist für slowakische Verhältnisse sehr gering und stellt sogar den niedrigsten Wert aller bisherigen Parlamentswahlen dar.**

Die im September 2002 erzielte Wahlbeteiligung von 70,07 Prozent ist für slowakische Verhältnisse sehr gering und stellt sogar den niedrigsten Wert aller bisherigen Parlamentswahlen dar. Im Vergleich zum letzten vorausgegangenen „Test“, nämlich den in der ganzen Republik zugleich abgehaltenen Regionalwahlen vom 1. und 15. Dezember 2001, zeigte sich aber eine erfreuliche Steigerung, die bestätigte, dass die Slowaken sehr wohl zur Urne gehen, wenn sie den Sinn und die Wichtigkeit einer Wahl einsehen. Den Regionalwahlen war ein viele Wähler abschreckendes Gezänk zwischen den Parlamentsparteien und auch innerhalb der Regierung über die geografischen Grenzen und die politischen Kompetenzen der eben erst neu geschaffenen Regionalverwaltungen voraus-

gegangen. Der Sinn der damaligen Wahlen und überhaupt der Regionalverwaltungen als solcher wurde daher von vielen Wählern sehr gering eingeschätzt und mit einer katastrophalen Wahlbeteiligung von durchschnittlich 26 Prozent im ersten und gar nur 22,6 Prozent im zweiten Wahlgang quittiert. Bei der jetzigen Parlamentswahl hingegen war ein sehr großes (auch durch mehrere Umfragen bestätigtes) Bewusstsein breiter Wählerschichten vorhanden, dass es sich um eine „Schicksalsentscheidung“ in Hinblick auf den Beitritt zur Europäischen Union und zur NATO handelte. Zwar gilt auch für die Slowakei prinzipiell, dass Parlamentswahlen weniger durch außenpolitische Fragen beeinflusst werden als durch Fragen, die um Lebensstandard und soziale Sicherheit kreisen. Angesichts der ebenfalls in Umfragen dokumentierten euphorischen Erwartung der meisten Slowaken, dass der Beitritt zur Europäischen Union ein Allheilmittel für fast alle großen gesellschaftspolitischen Probleme des Landes darstellen werde, besteht aber im öffentlichen Bewusstsein ein enger Zusammenhang zwischen diesen beiden Wahlmotivationen. „Pro-EU“ zu wählen bedeutet für die meisten Slowaken, „Wohlstand“ zu wählen. Das erklärt ihre hohe Motivation, bei der Wahlentscheidung ein so großes Gewicht auf das scheinbar „nur außenpolitische“ Motiv der Erhöhung der EU-Beitrittschancen zu legen.

Dass die Wahlbeteiligung nicht wieder den Rekordwert von 84 Prozent im September 1998 erreichen werde, war zu erwarten. Umfragen hatten monatelang auf eine große Politikverdrossenheit hingewiesen und sogar eine noch niedrigere Wahlbeteiligung befürchten lassen. Die außergewöhnlich hohe Beteiligung vier Jahre zuvor liegt in einer damaligen politischen Ausnahmesituation begründet: Damals bestand nach einer sehr emotional geführten Wahlkampagne eine große Motivation der Bevölkerungsmehrheit, durch ihre Stimme die Regierung des immer größeren Bevölkerungsteilen geradezu verhassten damaligen Premierministers Vladimír Mečiar zu beenden. Vor der Wahl 2002 schien diese Motivation zunächst geringer zu sein, weil die Gefahr einer Rückkehr Mečiar an die Macht minimal war. Alle relevanten Parteien hatten nämlich schon im Vorhinein eine Regierungszusammenarbeit mit Mečiar ausge-

■ **Dass die Wahlbeteiligung nicht wieder den Rekordwert von 84 Prozent im September 1998 erreichen werde, war zu erwarten. Umfragen hatten monatelang auf eine große Politikverdrossenheit hingewiesen und sogar eine noch niedrigere Wahlbeteiligung befürchten lassen.**

schlossen, nachdem vor allem amerikanische, aber auch europäische Politiker davor gewarnt hatten, eine Regierungsbeteiligung Mečiar oder der HZDS werde ein Hindernis für den Beitritt der Slowakei zur NATO bzw. zur Europäischen Union darstellen. In den Medien war zumindest bis zum Sommer eher die Regierungsarbeit der inhomogenen und um Machtanteile streitenden Koalition aus mehreren Mitte-Rechts-Parteien mit zwei linken Gruppierungen kritisch kommentiert worden. Mečiar war dagegen kein so wichtiges Thema. Dass die Unzufriedenheit mit der Arbeit der Regierung Dzurinda groß war, wirkte sich aber nicht durch eine entsprechend starke Motivation zur Protestwahl aus, sondern verstärkte laut politologischen Analysen einen resignativen Trend zur Wahlenthaltung. Auch prophezeiten die Umfragen sehr übereinstimmend eine schwere Niederlage für die Mehrparteienkoalition unter Führung des christlich-demokratischen Premierministers Mikuláš Dzurinda und dafür starke Gewinne für neu entstandene Parteien, vor allem „Smer“ und ANO. Diese beiden hatten es schon seit etwa zwei Jahren geschafft, mit ihrer Kritik an der Regierung, aber auch an Mečiar und der HZDS, die Themenführerschaft in der politischen Diskussion zu übernehmen und sich als neue Alternative zu den bisherigen Regierungsparteien zu präsentieren.

■ Erst ab Juli 2002, also in den allerletzten Monaten vor der Wahl, als de facto bereits Wahlkampf herrschte, verlagerte sich die politische Diskussion wieder mehr auf die traditionelle Polarisierung des Landes in Mečiar-Gegner und Mečiar-Befürworter.

Erst ab Juli 2002, also in den allerletzten Monaten vor der Wahl, als de facto bereits Wahlkampf herrschte, verlagerte sich die politische Diskussion wieder mehr auf die traditionelle Polarisierung des Landes in Mečiar-Gegner und Mečiar-Befürworter. Ausschlaggebend dafür waren vor allem zwei Faktoren: Mečiar weigerte sich monatelang, die mysteriöse Finanzierung der Renovierung seiner Privatvilla offen zu legen. Und Mitte Juli spaltete sich ein Teil der HZDS unter Führung des ehemaligen Parlamentspräsidenten Ivan Gašparovič von Mečiar ab. Das löste einen dramatischen Erosionsprozess im HZDS-Wählerpotenzial aus. Eine wesentlich geringere Rolle als vom Regierungslager erhofft, spielte hingegen die Verhaftung des ehemaligen Geheimdienstchefs und Mečiar-Vertrauten Ivan Lexa. Zwar rief sie wegen der damit zusammenhängenden Medienberichte die „Sünden“ der dritten Mečiar-Regierung von 1994 bis 1998 wieder in Erinnerung. Aber jene Wähler, die tatsächlich

Lexa (und in seinem Hintergrund womöglich auch Mečiar selbst) für den Drahtzieher einer Reihe von ernstesten politischen Kriminalfällen halten, die Lexa von der Staatsanwaltschaft und Polizei vorgeworfen werden, waren schon bisher entschiedene Mečiar-Gegner. Und die überzeugten Anhänger Mečiar wiederum stimmten weiterhin mit ihrem Idol darin überein, dass all die Vorwürfe gegen Lexa (von kleineren Betrugsdelikten bis hin zur mutmaßlichen Entführung des Präsidentensohnes Michal Kovac junior und der Ermordung eines Verbindungsmannes zu einem Kronzeugen dieser Entführung) deshalb nicht durch Gerichtsurteile nachgewiesen werden konnten, weil sie lediglich politisch motivierte „Konstrukte“ darstellten. Die Diskussion um Mečiar's Villa hingegen irritierte gerade jene sozial schwachen Bevölkerungsschichten, aus denen Mečiar bisher den größten Teil seiner Anhänger rekrutierte: Mit Millionen für eine Privatvilla zu jonglieren und nähere Auskünfte darüber den Behörden ebenso wie den Medien zu verweigern, das passte nicht ins vorgefasste Bild des „Landesvaters“ Mečiar, der nie auf den eigenen Vorteil geschaut, sondern immer nur das Wohl der Nation im Sinne gehabt habe.

Hauptsächlicher Gewinner des Erosionsprozesses in der HZDS-Wählerschaft schien zunächst der Jungpolitiker Robert Fico zu sein, der mit seiner neu gegründeten Partei „Smer (Richtung) – Der Dritte Weg“ kurzfristig sogar die HZDS vom ersten Platz in den Umfragen verdrängte. In der Endphase des Wahlkampfes, so analysierten Politologen nachträglich, wechselte die Anti-Mečiar-Stimmung aber dann ihre Orientierung: Statt des „Experiments“, für Fico zu stimmen, entschieden sich immer mehr Wähler für einen Weg der Stabilität, den vor allem Dzurinda und sein Regierungsteam verkörperten. „In den Umfragen haben viele Wähler noch ihrer emotionalen Unzufriedenheit freien Lauf gelassen. Aber in der Wahlkabine haben sie sehr verantwortungsbewusst verstanden, dass hier über die Zusammensetzung der künftigen Regierung entschieden wird“, erklärte beispielsweise die Politologin Soňa Szomolányi gegenüber dem slowakischen Nachrichtensender TA3 den auffallenden Unterschied zwischen den seit Monaten konstant schlechten Umfragewerten Dzurindas und seinem tatsächlich viel stärkeren Wahlergebnis. Mei-

■ „In den Umfragen haben viele Wähler noch ihrer emotionalen Unzufriedenheit freien Lauf gelassen. Aber in der Wahlkabine haben sie sehr verantwortungsbewusst verstanden, dass hier über die Zusammensetzung der künftigen Regierung entschieden wird“, erklärte die Politologin Soňa Szomolányi.

nungsumfragen dürfen in der Slowakei nur bis spätestens zwei Wochen vor der Wahl veröffentlicht werden, danach gilt dafür ein Moratorium. Der Meinungsumschwung gegen Fico und zugunsten Dzurindas kam aber buchstäblich in letzter Minute vor der Wahl, so dass er von keiner Umfrage mehr erfasst werden konnte.

Die folgende Tabelle lässt erkennen, wie dramatisch sich die politische Stimmungslage vor allem für die HZDS und die SDKÚ innerhalb der letzten Monate vor der Wahl veränderte: Sie zeigt zwei Umfragen, die Mitte Juli bzw. Anfang September vom Meinungsforschungsinstitut des staatlichen Statistikamtes (ÚVVM) veröffentlicht wurden. Die Juli-Umfrage (erste Spalte) konnte die von Mečiar's HZDS abgespaltene HZD gerade noch nicht berücksichtigen, erfasst aber schon den Beginn des Erosionsprozesses der HZDS-Wählerschaft. Zuvor hatte das HZDS-Wählerpotenzial mehr als drei Jahre lang konstant bei fast 30 Prozent gelegen. Die zweite Umfrage lässt zwar bereits den Absturz der HZDS erkennen, erfasst aber noch nicht den erst unmittelbar vor der Wahl erfolgten Zuwachs für Mikuláš Dzurindas SDKÚ. Hier nicht dargestellt sind jene vereinzelt Umfragen, die vorübergehend die Partei „Smer“ an erster Stelle sahen. Auch nicht jene Umfragen, die die SDKÚ sogar hinter ANO und der KDĽ reichten. In der dritten Spalte ist das tatsächliche Wahlergebnis angeführt. Durch Fettdruck hervorgehoben sind die drei auffallendsten Abweichungen von den Juli-Prognosen.

Partei	ÚVVM-Umfrage Juli (Prozent)	ÚVVM-Umfrage Anfang September	Wahlergebnis September
HZDS	26,1	18,7	19,50
Smer	14,6	15,2	13,46
SMK	10,2	10,1	11,16
SDKÚ	9,8	8,5	15,09
ANO	8,2	7,8	8,01
KDĽ	7,8	7,2	8,25
HZD	–	5,4	3,28
KSS	2,7	3,1	6,32

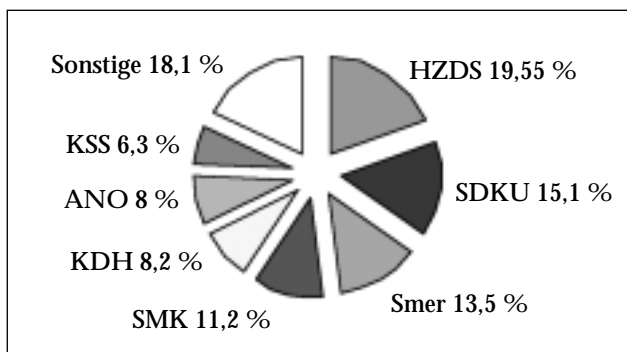
So wurde die SDKÚ zum Schluss nicht nur stärkste Kraft jener bürgerlichen Parteiengruppe aus SDKÚ, SMK, KDH und ANO, die sich schon länger als Kern einer künftigen Regierung zu etablieren versucht hatte, sondern überholte sogar Ficos Smer. Als stärkster Anti-Mečiar-Kraft konnten ihr die künftigen Koalitionspartner daher kaum den Führungsanspruch streitig machen. Und Robert Fico, der am vehementesten darauf bestanden hatte, dass die SDKÚ nur ohne Dzurinda und den für Wirtschaft zuständigen Vizepremierminister Ivan Mikloš in eine Regierung mit ihm eintreten könne, wird nun selbst gar nicht mehr für eine ausreichende Regierungsmehrheit gebraucht.

Erst eine knappe Woche vor der Wahl zog die wirtschaftsliberale „Demokratische Partei“ (DS) in einer innerparteilich zunächst umstrittenen Entscheidung ihre aussichtslose Kandidatur zurück und gab eine Wahlempfehlung zugunsten der SDKÚ ab. Dafür erhielt sie finanzielle, aber auch politische Zusagen: Unter anderem wird ihr Parteichef Ľudovít Kaník das von der SDKÚ nominierte Sozialministerium erhalten.

■ Details zum Wahlergebnis

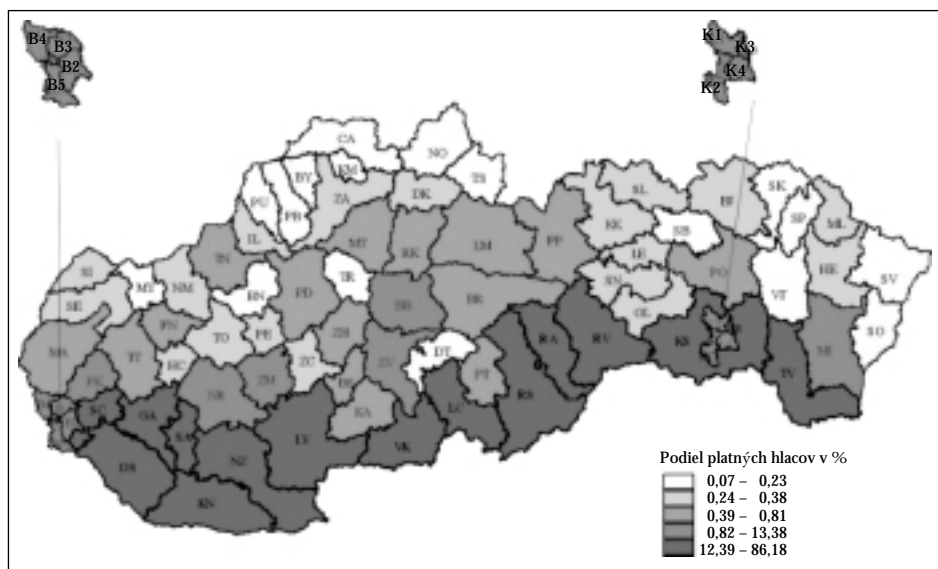
Auch nachdem die DS ihre Kandidatur zurückzog, blieben noch 25 Parteien im Rennen. Diese außergewöhnliche Zersplitterung der Parteienlandschaft führte dazu, dass der Anteil der „verlorenen“ Stimmen, also Stimmen für Parteien, die den Sprung über die Fünfprozenthürde nicht schafften, mit 18,1 Prozent fast so hoch war wie der Stimmenanteil der stärksten Partei. In absoluten Zahlen entspricht das mehr als einer halben Million Wähler. Betroffen waren vor allem das gesamte sozialdemokratisch-sozialistische Parteienspektrum und die extremen Nationalisten, die sich ebenfalls in konkurrierende Parteien aufgespalten hatten. In der folgenden Grafik sind die insgesamt 18 erfolglosen Parteien, die im Schnitt nur jeweils etwa ein Prozent erreichten, unter „Sonstige“ zusammengefasst. Die darunter folgende Tabelle listet die Ergebnisse aller kandidierenden Parteien auf und macht damit die Aufsplitterung der Kleinparteien deutlicher sichtbar.

■ Die außergewöhnliche Zersplitterung der Parteienlandschaft führte dazu, dass der Anteil der „verlorenen“ Stimmen, also Stimmen für Parteien, die den Sprung über die Fünfprozenthürde nicht schafften, mit 18,1 Prozent fast so hoch war wie der Stimmenanteil der stärksten Partei. In absoluten Zahlen entspricht das mehr als einer halben Million Wähler.



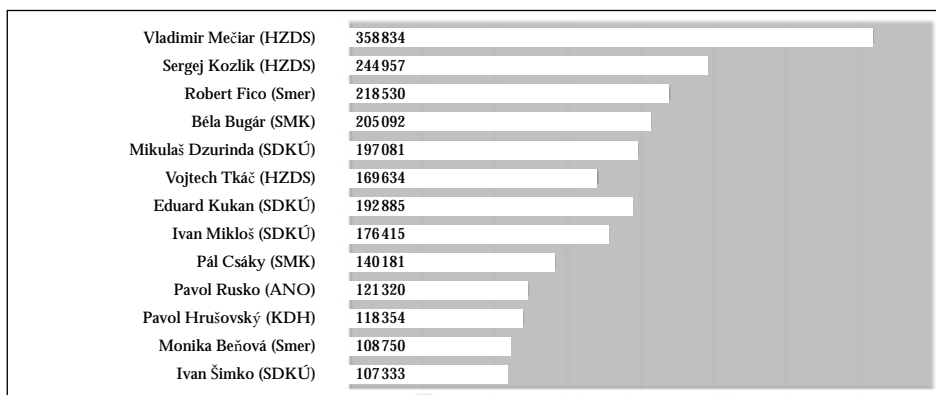
Partei	Anzahl der gültigen Stimmen	Prozent	Sitze
HZDS	560 691	19,50	36
SDKÚ	433 953	15,09	28
Smer	387 100	13,46	25
SMK	321 069	11,16	20
KDH	237 202	8,25	15
ANO	230 309	8,01	15
KSS	181 872	6,32	11
PSNS	105 084	3,65	–
SNS	95 633	3,32	–
HZD	94 324	3,28	–
SDA	51 649	1,79	–
SDL'	39 163	1,36	–
SZS	28 365	0,98	–
NOSNaP	26 205	0,91	–
ZRS	15 755	0,54	–
Žena a rodina	12 646	0,43	–
OKS	9 422	0,32	–
ROSA	8 420	0,3	–
ROI	8 420	0,29	–
SDPO	6 716	0,23	–
L'B	6 441	0,22	–
ROMA	6 234	0,21	–
SNJ	4 548	0,15	–
Béčko – RS	2 818	0,09	–
LS	763	0,02	–

Sehr unterschiedlich ist die Wählerstruktur der verschiedenen ins Parlament gekommenen Parteien: Smer, ANO, aber auch die SDKÚ konnten besonders stark unter jungen Wählern punkten. Die HZDS hingegen weist eine besonders überalterte Wählerschaft auf. Auch wird die HZDS eher von Bewohnern ländlicher Regionen und von Menschen mit geringerer Bildung gewählt. Die SDKÚ hingegen gewann vor allem in städtischen Ballungszentren, besonders stark in dem Raum um die Hauptstadt Bratislava, während sie in ländlichen Regionen eher schwach abschnitt. Das slowakische Wahlgesetz sieht keine Untergliederung in mehrere regionale Wahlkreise vor. Vergleicht man dennoch das Wahlergebnis nach politischen Bezirken, ergeben sich die auffallendsten Unterschiede naturgemäß für die „Partei der Ungarischen Koalition“ (SMK): In den südlichen Bezirken mit hohem Anteil von Bürgern ungarischer Nationalität wurde die SMK jeweils stärkste politische Kraft. Im Rest des Landes erreichte sie hingegen nur einen minimalen Stimmenanteil. Die folgende Grafik des Slowakischen Statistikamtes (Quelle: www.statistics.sk) verdeutlicht die regionale Stimmenverteilung der SMK (Angaben in Prozent):



Die Möglichkeit von Vorzugsstimmen (Präferenzstimmen) für einzelne Kandidaten wurde von den meisten Wählern nicht dazu genutzt, auf den Partei-

listen weit hinten positionierte Kandidaten doch noch ins Parlament zu bringen. Sehr wohl aber wurden auf diese Weise besondere Sympathien für populäre Kandidaten unterstrichen. Zehn Prozent der Stimmen einer Partei sind laut Wahlgesetz erforderlich, um die ursprüngliche Platzierung eines Kandidaten auf ihrer Liste zu verbessern. Die Reihenfolge der Kandidaten auf einer Parteiliste wird dann bei der Auszählung so geändert, dass die Nutznießer von ausreichenden Vorzugsstimmen nach der Anzahl ihrer Vorzugsstimmen an die Spitze gereiht werden. Erst danach folgen die Kandidaten, die keine oder weniger als zehn Prozent der Parteistimmen als Vorzugsstimmen erhalten haben, in der ursprünglichen Reihenfolge der Kandidatenliste. Bei mehreren Parteien kam es auf diese Weise zu einzelnen Veränderungen in der Reihenfolge der Spitzenkandidaten, die aber nur formelle Bedeutung haben. Nur in einem Fall wurde durch die Vorzugsstimmen tatsächlich ein Abgeordneter ins Parlament gewählt, der auf seiner Parteiliste an „unwählbarer“ Stelle kandidiert hatte: Árpád Duka-Zólyomi von der „Partei der Ungarischen Koalition“ (SMK). Elf Prozent der SMK-Wähler markierten seinen Namen, der auf der Kandidatenliste erst an 23. Stelle erschien, und ermöglichten damit sein Vorrücken auf den vierten Platz. Die meisten Vorzugsstimmen entfielen aber traditionell wieder auf die ohnehin an der Spitze der jeweiligen Parteilisten gereihten Kandidaten. Das zeigt die Reihenfolge der Politiker mit der absolut höchsten Zahl von Vorzugsstimmen. Unter ihnen befinden sich unter anderem alle Parteichefs der sechs stärksten Parteien:



■ Erste Reaktionen nach der Wahl – Regierungsbildung im Eiltempo

Schon die ersten Stellungnahmen der wichtigsten Spitzenpolitiker nach der Wahl wiesen darauf hin, dass es eine sehr rasche Regierungsbildung geben und dass die Regierung ziemlich sicher aus SDKÚ, SMK, KDH und ANO gebildet werden würde. Auch die erste in der Slowakei verbreitete Reaktion aus der Europäischen Union unterstützte diese Absicht: Der für die Slowakei zuständige EU-Berichtersteller Jan Marinus Wiersma erklärte, eine solche Viererkoalition würde „am besten gewährleisten, dass die Slowakei den von ihr begonnenen Reformweg fortsetzt.“ Und EU-Erweiterungskommissar Günter Verheugen betonte in einer ersten Stellungnahme laut der slowakischen Nachrichtenagentur Sita, die slowakischen Wähler seien „sich der Wichtigkeit dieser Wahl bewusst gewesen, und dementsprechend haben sie auch gewählt“. Für die Europäer sei nur das Faktum wichtig, „dass niemand im Sinn hat, mit der HZDS oder den Altkommunisten eine Koalition zu bilden. Der Rest ist Teil eines demokratischen Prozesses“. Andere westliche Politiker hoben in meist eher allgemeineren Worten vor allem hervor, dass sich die slowakischen Wähler klar für den Weg in die Europäische Union und in die NATO entschieden hätten. NATO-Generalsekretär George Robertson sprach deshalb von einer „sehr klugen Entscheidung“ der slowakischen Wähler.

Im Dzurinda-Lager herrschte über das Wahlergebnis offensichtlich freudige Überraschung, aber jeder Eindruck von Überheblichkeit wurde vermieden, um die künftigen kleineren Koalitionspartner nicht zu vergraulen. Mikuláš Dzurinda selbst sprach zunächst nur allgemein und vorsichtig von einem „Vertrauensbeweis“ der Wähler, und seine Parteikollegen sekundierten, dass man jetzt den gemeinsam begonnenen Reform- und Integrationsweg fortsetzen wolle. Dzurinda gestand auch ein, dass er selbst vom Wahlergebnis angenehm überrascht worden war: „Wer hätte das vor zwei Wochen erwartet?“ KDH und ANO unterließen ihre früheren kritischen Töne gegenüber Dzurinda und betonten stattdessen ihre Bereitschaft, „Mitverantwortung“ für die Zukunft zu

■ Im Dzurinda-Lager herrschte über das Wahlergebnis offensichtlich freudige Überraschung, aber jeder Eindruck von Überheblichkeit wurde vermieden, um die künftigen kleineren Koalitionspartner nicht zu vergraulen. Mikuláš Dzurinda selbst sprach zunächst nur allgemein und vorsichtig von einem „Vertrauensbeweis“ der Wähler.

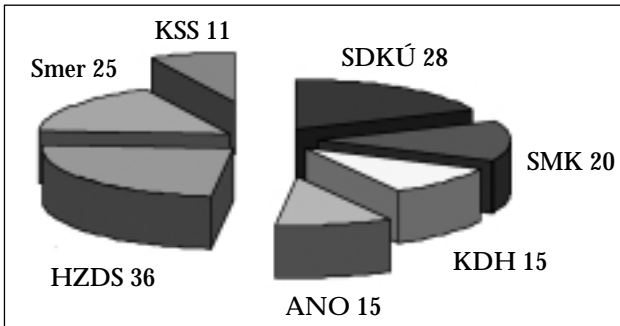
übernehmen. Ein „langer, langer Weg“ sei noch zu gehen, um die gemeinsamen Ziele zu erreichen, philosophierte Medienmagnat Pavol Rusko. Im Wahlkampf hatte er hingegen noch die professionelle Reputation seiner ökonomisch erfolgreichen Medien, vor allem des Fernsehsenders *TV Markíza* und der Tageszeitung *Narodna obroda* auch mit heftigen Attacken gegen Dzurinda aufs Spiel gesetzt. *Markíza* handelte sich sogar eine Geldstrafe von seiten der Lizenzbehörde ein, weil nach deren Ansicht die Parteinahme des Senders für Ruskos Parteigründung ANO die Grenzen des vom Mediengesetz Erlaubten überschritten. KDH-Vizeparteichef Vladimír Palko wies gleich nach der Wahl darauf hin, dass es vorteilhaft wäre, wenn „vier Parteien mit ähnlichem Programm“ eine Koalition bilden würden. Und je mehr sich die ersten Wahlprognosen erhärteten, desto konkreter äußerten sich auch andere tonangebende Politiker zur künftigen Regierungsbildung. „Je homogener die künftige Regierung ist, desto besser ist das für die Slowakei“, erklärte der für Wirtschaft zuständige Vizepremierminister Ivan Mikloš von der SDKÚ. Und auch sein Parteikollege, Außenminister Eduard Kukan wünschte sich eine Regierung aus „Parteien, die sich in ihren Programmen möglichst nahe sind“.

■ Staatspräsident Rudolf Schuster kündigte eine rasche Regierungsbildung an, die „spätestens zum NATO-Gipfel im November“, vermutlich aber schon deutlich vorher abgeschlossen sein werde. Als „Idealziel“ bezeichnete es der Präsident, wenn die Slowakei schon zum EU-Gipfeltreffen Ende Oktober eine vertrauenswürdige Regierung präsentieren könnte.

Staatspräsident Rudolf Schuster kündigte eine rasche Regierungsbildung an, die „spätestens zum NATO-Gipfel im November“, vermutlich aber schon deutlich vorher abgeschlossen sein werde. Als (von ihm damals offensichtlich als unrealistisch betrachtetes, aber tatsächlich eingehaltenes) „Idealziel“ bezeichnete es der Präsident, wenn die Slowakei schon zum EU-Gipfeltreffen Ende Oktober eine vertrauenswürdige Regierung präsentieren könnte. Robert Fico und seine Getreuen von der Partei „Smer (Richtung) – Der Dritte Weg“ warnten zwar davor, die beiden stärksten Parteien HZDS und Smer beide auf einmal in Opposition zu schicken. Aber Beobachter hatten schon vor der Wahl darauf hingewiesen, dass es der damals erwartete künftige Regierungschef Fico schwer haben werde, wenn ihm eine regierungsinterne Mehrheit von kleineren Rechtsparteien gegenüberstehen werde, die in grundsätzlichen Fragen wie dem weiteren Privatisierungskurs diametral andere Positionen als er selbst vertreten würden. Insofern war es angesichts des Wahlergebnisses dann

weniger überraschend, dass die vier Mitte-Rechts-Parteien sofort die Möglichkeiten einer homogeneren Regierungsbildung ohne Smer sondierten.

Die künftige Sitzverteilung im Parlament ergibt wie unten dargestellt ein Kräfteverhältnis von 78 zu 72 Mandaten zwischen der neuen Mitte-Rechts-Regierung und der inhomogenen Opposition:



Partei	Prozent	Sitze
SDKÚ	15,09	28
SMK	11,16	20
KDH	8,25	15
ANO	8,01	15
Regierung	42,51	78
HZDS	19,50	36
Smer	13,46	25
KSS	6,32	11
Opposition	39,28	72

De facto begannen die Koalitionsverhandlungen zwischen SDKÚ, SMK, KDH und ANO schon am Tag nach der Wahl, als erst das vorläufige offizielle Endergebnis bekannt gegeben worden war. Und das, obwohl Staatspräsident Schuster zunächst noch den offiziellen Auftrag zur Regierungsbildung an Dzurinda hinauszögerte. Schon zwei Wochen nach den Wahlen standen sowohl das Regierungsprogramm als auch die künftigen Regierungsmitglieder fest. Als Schlüssel für die Aufteilung der Regierungsposten wurde zwischen den vier Parteien ein Verhältnis von sechs SDKÚ, vier SMK und je drei für KDH und ANO vereinbart. Zu den in der folgenden Tabelle aufgelisteten Ministern kommen auch noch 22 Staatsse-

ekretäre hinzu, die aber in der Slowakei formell nicht als stimmberechtigte Mitglieder der Regierung gezählt werden. Ihre hohe Zahl ist auch damit begründet, dass die vier Parteien möglichst weit reichende Möglichkeiten haben wollten, sich gegenseitig zu kontrollieren. Das wurde auch dadurch gewährleistet, dass den Ministern jeweils Staatssekretäre von anderen Parteien beigegeben wurden. In als besonders wichtig erachteten Ressorts erfüllen diese „Unterstützungs- und Kontrollfunktion in einem“ gleich zwei Staatssekretäre aus jeweils unterschiedlichen Parteien.

Die neue slowakische Ministerliste:

Ressort	Name des Ministers	nominierende Partei
Premierminister	Mikuláš Dzurinda	SDKÚ
Vizepremier (ohne Ressort)	Pál Csáky	SMK
Auswärtige Angelegenheiten	Eduard Kukan	SDKÚ
Inneres	Vladimír Palko	KDH
Verteidigung	Ivan Šimko	SDKÚ
Finanzen	Ivan Mikloš	SDKÚ
Wirtschaft	Robert Nemcsics	ANO
Soziale Angelegenheiten, Arbeit und Familie	L'udovít Kaník	SDKÚ / DS*
Verkehr, Post und Telekommunikation	Pavol Prokopovič	SDKÚ
Justiz	Daniel Lipšic	KDH
Landwirtschaft	Zsolt Simon	SMK
Umwelt	László Miklós	SMK
Bauten	László Gyurovszky	SMK
Kultur	Rudolf Chmel	ANO
Bildung	Martin Fronc	KDH
Gesundheit	Rudolf Zajac	ANO

* Anmerkung: L'udovít Kaník ist Parteichef der wirtschaftsliberalen Demokratischen Partei (DS). Seine Regierungsfunktion erhält er als von der SDKÚ Nominierter dafür, dass er kurz vor den Parlamentswahlen die Kandidatur seiner Partei zugunsten der SDKÚ zurückgezogen hat.

SDKÚ = Slowakische Demokratische und Christliche Union (christlich-liberal), Parteichef Mikuláš Dzurinda

SMK = Partei der Ungarischen Koalition (Sammelpartei der ungarischen Minderheit, überwiegend christdemokratisch-konservativ), Parteivorsitzender Béla Bugár

KDH = Christlich-Demokratische Bewegung (christlich-konservativ), Parteichef Pavol Hrušovský

ANO = Allianz des Neuen Bürgers (wirtschaftsliberal), Parteichef Pavol Rusko